

Arm und reich

Seien wir Scherenschließer!



Ziel von DiEM25 ist es, menschliches Leid zu minimieren. Innerhalb unserer Programme, der progressiven Agenda und den mannigfaltigen Aktivitäten von DiEM25 arbeiten wir aktiv daran, Not und Elend in Europa und in der Welt zu verringern. Wir führen dies am Ende dieses Artikels genauer aus. Eine Arbeitsgruppe im DSC Frankfurt von DiEM25 hat sich den Schwerpunkt gesetzt, eine Umkehr des weiteren Auseinanderdriftens von arm reich zu einer Annäherung dieser Pole in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken und möglichst viele Mitstreiter zu finden, die mit uns an diesem Ziel arbeiten, denn wir sind noch viel zu wenige. Wir nennen uns Scherenschließer, wir sehen auch alle anderen Menschen, die mit dieser Ausrichtung arbeiten als Scherenschließer und wir wollen uns verbünden. Die Problematik besteht hier in Deutschland, mehr noch in Europa und nicht zuletzt weltweit. Beginnen wir vor Ort und tragen wir die Ideen beispielhaft und gemeinsam in die Welt!

Studien, Betrachtungen, Meinungen

Die Tendenz ist ungebrochen

Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland klafft einer Studie zufolge so stark wie nie zuvor auseinander. „Immer mehr Einkommen konzentriert sich bei den sehr Reichen“ und „immer mehr Menschen sind von Armut betroffen“, heißt es in einer [Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts \(WSI\) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung](#). Trotz der guten Konjunktur und der günstigen Lage auf dem Arbeitsmarkt hat demnach die Ungleichheit bei den Einkommen einen neuen Höchststand erreicht.

Wachstum ist keine Lösung

Reichtumsunterstützer argumentieren mit Wirtschaftswachstum. Ein Forscherteam um [Dan Andrews von der Harvard University](#) untersuchte den Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Wachstum am Beispiel von zwölf Industriestaaten und für die Jahre von 1905 bis 2000. „Wir finden keine systematische Beziehung zwischen dem Einkommensanteil der Topverdiener und dem Wirtschaftswachstum“, lautet das Fazit.

Soziale Übel werden genährt

Gleichzeitig mehren sich Indizien, dass eine zu große Einkommensungleichheit in einer Gesellschaft mit erheblichen sozialen und ökonomischen Nachteilen verbunden ist. „Wenn sich die Einkommensverteilung zu stark auseinander entwickelt, dann ist der soziale Zusammenhalt gefährdet“, betont der Mannheimer Ökonom [Grüner](#).

Die britischen Epidemiologen [Richard Wilkinson und Kate Pickett](#) argumentieren in ihrem 2009 erschienenen Buch „The Spirit Level“, dass quasi alle sozialen und gesellschaftlichen Übel in einem engen Zusammenhang mit der Einkommensverteilung in einem Land stünden. So seien Kriminalität und Drogenkonsum in einem Land umso höher, je größer die Kluft zwischen Arm und Reich sei.

Möglicherweise war die enorme Einkommensungleichheit in den USA auch ein Grund für die Finanz- und Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Diese These vertritt [Raghuram Rajan](#), ehemaliger Chefvolkswirt des Internationalen Währungsfonds (IWF) und heute Ökonomieprofessor in Chicago. „Es gab einem enormen politischen Druck, etwas dagegen zu tun“, argumentiert Rajan. Die traditionellen Instrumente der Wirtschaftspolitik – höhere Steuern für Gutverdiener und direkte Transfers an die ärmeren Schichten – seien jedoch seit den 80er-Jahren unpopulär geworden. Daher habe die US-Wirtschaftspolitik gezielt versucht, das Problem mit billigem Geld und einfach verfügbaren Krediten zu lösen. „Das hat lange scheinbar wunderbar funktioniert“, so Rajan. „Die Leute konnten sich mit geliehenem Geld Häuser kaufen, die im Wert stiegen und als Sicherheit für neue Kredite dienten – dieses Geld konnten sie dann in den Konsum stecken.“ Das Problem der wachsenden Ungleichheit sei so lange zugedeckt worden.

Die IWF-Volkswirte [Michael Kumhof und Romain Rancière](#) haben diese Argumentation mit einem theoretischen Modell untermauert. Darin zeigen sie: Steigende Einkommensungleichheit kann dazu führen, dass ärmere Schichten versuchen, ihren Lebensstandard immer stärker über Kredite aufrechterhalten zu wollen – und dass sie sich zumindest eine Zeit lang immer leichter Geld leihen können. Auf Dauer mache dies das Finanzsystem instabil und anfälliger für Krisen. Mehr traditionelle Sozialpolitik könne das Problem lösen, schreiben die IWF-Ökonomen. Wenn der Staat Einkommen umverteile, könne er die Wirtschaft damit womöglich stabiler machen.

Auswirkungen der ungleichen Verteilung

„Einkommensungleichheit ist eine Wachstumsbremse“, sagt [Daniela Kolbe \(SPD\)](#). [Ulrich Schneider](#) spricht von einem „Verteilungsskandal“. Die SPD-Politikerin und der Geschäftsführer vom Paritätischen Wohlfahrtsverband diskutieren über Armut und Reichtum in Deutschland.

Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Nicht nur weltweit, wie eine aktuelle Studie der Hilfsorganisation [Oxfam](#) belegt: Ihr zufolge besitzen die 62 reichsten Menschen der Welt so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – rund 3,5 Milliarden Menschen.

„Wenn bis zu 16,7 Prozent der Bevölkerung in Deutschland, dem viertreichsten Land der Welt, als arm oder abgehängt gelten, ist das nicht nur ein Verteilungsproblem, sondern ein Verteilungsskandal“, sagt [Ulrich Schneider](#). Der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes wird nicht müde, die soziale Ungleichheit in Deutschland anzuprangern. Armut in Deutschland sei sehr facettenreich, oftmals auch versteckt. Sie sei aber dennoch vorhanden, das zeige die wachsende Zahl der „Tafeln“. „Man bräuchte viel mehr Begriffe. Man darf zugleich auf diesen Armutsbegriff aber auch nicht verzichten. Denn wo der Armutsbegriff wegdefiniert wird, wird auch in der Regel jegliche Verpflichtung zum Handeln und zum Teilen auch wegdefiniert. Das ist häufig auch Absicht.“ Er spart nicht mit Kritik an der Politik: „Diese Koalition hat Umverteilung in jeglicher Form ausgeschlossen, hat Steuererhöhungen zum Tabu erklärt.“

„Diese Ungleichheit ist in vielerlei Hinsicht ein Problem“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete [Daniela Kolbe](#). „Zunächst einmal für die Betroffenen, für die Ärmsten in den Gesellschaften, die nach den Studien nicht nur relativ, sondern auch in absoluten Zahlen ärmer werden. Es ist aber auch ein Problem für ganze

Volkswirtschaften. Studien über die OECD besagen glasklar: Einkommensungleichheit ist eine Wachstumsbremse – auch in Deutschland.“ [Daniela Kolbe](#), Jahrgang 1980, sitzt seit 2009 im Bundestag, unter anderem ist sie Generalsekretärin der SPD im sächsischen Landtag. Die soziale Kluft sei besonders in den neuen Bundesländern zu spüren, mit einer höheren Arbeitslosigkeit, niedrigerem Durchschnittsverdienst und Renten als in den alten Bundesländern: „In Ostdeutschland wird fast nichts vererbt, das ist ganz anders als im Westen; wir haben eine ganz andere Vermögensverteilung.“ In Sachsen erlebt sie hautnah mit, dass sich immer mehr Bürger der „Pegida“-Bewegung anschließen, auch aus Angst, ihre soziale Sicherheit zu verlieren. Umso wichtiger sei es, die Flüchtlingsfrage in den Griff zu bekommen: „Wie kriegt man die Integration so gebacken, dass sich am unteren Rand nicht die Verteilungskämpfe verstärken?“ Die Politikerin beschäftigt aber auch die globale Dimension der Verteilungsungerechtigkeit: „Wir müssen stärker gegen die Steueroasen vorgehen, damit es den Superreichen nicht mehr möglich ist, ihr Vermögen dorthin zu schaffen. Und wir müssen massiv in die Arbeitsentwicklung investieren, in Entwicklungshilfe, in Bildung vor Ort.“

Eine Frage der Gerechtigkeit

[FR](#): Die Ungleichheit ist in den letzten Jahren drastisch gewachsen.

Gerechtigkeit erlebt als politische Forderung eine Renaissance. Kein Wunder. Niemand ist gegen Gerechtigkeit. Auch lässt die Forderung der Politik viel Spielraum. Fast jede Maßnahme lässt sich als Schritt in Richtung Gerechtigkeit verkaufen, jeder versteht darunter etwas anderes. Sie ist zugleich immer irgendwie erreicht und nie vollkommen hergestellt. Lange hieß soziale Gerechtigkeit die Umverteilung von reich zu arm. In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich das Konzept gewandelt. Als gerecht gelten nun eher die Ergebnisse, die der Markt schafft. Die Kluft zwischen arm und reich wird als Leistungsgerechtigkeit legitimiert. Das Ergebnis dieser Politik ist drastisch gewachsene Ungleichheit, nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb von Staaten. Die Entwicklung beunruhigt mittlerweile nicht nur soziale Organisationen, sondern auch Institutionen wie den Internationalen Währungsfonds oder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD).

Schaden für die Wirtschaft

„Die soziale Ungleichheit in Deutschland hat ein Ausmaß erreicht, das auch wirtschaftlich schädlich ist“, sagt [Marcel Fratzscher](#), Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Ideen dies zu ändern gibt es längst.

Früher gingen Ökonomen davon aus, dass die Ungleichheit automatisch abnimmt, je reicher eine Gesellschaft wird. Die Lösung hieß Wirtschaftswachstum. Diese These ist nicht länger haltbar. Wirtschaftswachstum allein, das zeigen die Zahlen, führt nicht zu einer Angleichung der materiellen Bedingungen. Folglich fordern [IWF und OECD](#) ein „inklusives“ Wachstum, die Organisation Oxfam nennt die Schaffung nationaler Ungleichheits-Kommissionen unerlässlich. Bevor der Staat den Reichtum umverteilt, hat der Markt eine Aufteilung der Einkommen an Arbeitnehmer und Kapitaleigner hergestellt. Hier könnte man ansetzen – zum Beispiel durch eine Stärkung der Gewerkschaften. Sie spielen bei der Bekämpfung von Ungleichheit eine zentrale Rolle. [Studien zeigen](#): Je stärker die Gewerkschaften in einem Land, umso gleicher sind tendenziell die Einkommen verteilt. In Deutschland schützt ein Flächentarifvertrag aber nur noch etwa 50 Prozent aller Arbeitnehmer.

Gedanken zu neuen Regelungen

Der Gesetzgeber kann die Stellung der Arbeitnehmer auch durch die Regulierung des Arbeitsmarktes stärken. Zum Beispiel durch starken Kündigungsschutz. Dass dies die Ungleichheit reduziert, zeigt der [OECD-Index zum Arbeitnehmerschutz](#). Hier kommen Länder mit relativer Gleichheit wie Deutschland, Schweden und Frankreich auf Index-Werte von 2,4 bis 2,7. Ganz anders reiche Länder mit hoher Ungleichheit: Für Großbritannien errechnet die OECD einen Wert von 1,1 und für die USA nur einen von 0,26. Damit das Lohnniveau nicht ins Bodenlose sinkt, haben inzwischen die meisten Staaten einen gesetzlichen Mindestlohn erlassen. Doch das allein reicht nicht. Der Mindestlohn muss ausreichend hoch sein, um Armut zu verhindern und dem allgemeinen Lohnniveau eine nicht zu niedrige Untergrenze einzuziehen. Ein Maßstab dafür wäre das Verhältnis des Mindestlohns zum mittleren Lohn. So liegt der Mindestlohn in Spanien und Irland laut Statistikamt Eurostat nur bei 45 Prozent des Medians und damit deutlich unter der Armutsgrenze. In Deutschland sind es mit 53 Prozent ebenfalls sehr wenig. Über der Armutgefährdungsgrenze liegen in der EU nur die Mindestlöhne in Frankreich, Portugal und Slowenien. Die Koordination von Mindestlöhnen

könnte dazu beitragen, einen Lohnsenkungswettlauf zu verhindern. Dem Mindestlohn als Untergrenze entspricht die Deckelung von Manager-Gehältern als Obergrenze. Deren Beschränkung ist derzeit in vielen Ländern Thema, umstritten ist das Wie. In einigen Fällen stellen sich Großaktionäre gegen die Vergütungs-Praxis von Konzernen, etwa die Fondsgesellschaften Fidelity und Aberdeen, der Norwegische Staatsfonds oder große britische Pensionskassen.

Der britische Ökonom [Anthony Atkinson](#) setzt dabei auf freiwillige Vereinbarungen der Managervergütungen. Praktikabel wäre wohl eine Kopplung der Manager-Bezüge an die durchschnittlichen Gehälter, die in einem Unternehmen gezahlt werden.

[Oxfam](#) fordert, dass der Bestverdienende in einem Unternehmen maximal das 20-Fache des Durchschnittsgehaltes verdienen darf. In großen deutschen Konzernen sind inzwischen das 50- bis 70-Fache üblich.

Arbeitsmarkt oder Armutsmarkt

Armut ist häufig ein Problem von Arbeitslosigkeit. So wie die Zentralbank eine Zielmarke für die Inflationsrate festlegt, sollte der Staat eine Zielmarke für die Erwerbslosigkeit festlegen. Der Ökonom Atkinson schlägt eine Rate von zwei Prozent vor. Um den Willen zur Vollbeschäftigung zu unterstreichen, sollte Arbeitssuchenden ein Job im öffentlichen Sektor zum Mindestlohn garantiert werden, wenn sie bereits eine Weile im jeweiligen Land gearbeitet und Sozialbeiträge gezahlt haben.

Da sich am untersten Ende der Eigentums- und Einkommensleiter meist Empfänger von Sozialleistungen finden, wäre deren Erhöhung ein direkter Weg zu mehr Gleichheit.

Ein Treiber der Ungleichheit ist der technische Fortschritt. Jobs werden immer mehr automatisiert, weil Maschinen billiger und effektiver arbeiten. Im Ergebnis fallen Arbeitsplätze weg. Um den materiellen Abstieg der Aussortierten zu verhindern, müssen sie für andere Jobs qualifiziert werden. Dann sei der Verlust eines Jobs nicht länger ein Schicksalsschlag, sondern Chance, einen besseren zu finden, sagt der Ökonom Heiner Flassbeck.

Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Digitalisierung ersetzt inzwischen auch gut bezahlte Industriebjobs durch schlecht entlohne Stellen im Dienstleistungsgewerbe. Ihr Ertrag fällt zunehmend nur bei den Kapitaleignern an. Die Lösung für dieses Problem sieht der US-Ökonom Robert Skidelski in einem „Bedingungslosen Grundeinkommen“ des Staates, das jeder Bürger erhält, egal ob er arbeitet oder nicht, ob er reich ist oder arm. Die Idee ist allerdings heiß umstritten, nicht nur, weil sie sehr teuer wäre, sondern auch weil sie den Anreiz zur Arbeit unterminieren könnte.

Vermögensverteilung

Noch ungleicher als die Einkommen sind die Vermögen verteilt. So verfügen in Deutschland die reichsten zehn Prozent der Haushalte schätzungsweise über zwei Drittel des gesamten Vermögens. Ein großer Teil davon sind Immobilien. Hier könnte der Staat abschöpfen durch die Einführung einer progressiven Grundeigentumssteuer, die auf aktuellen Erhebungen der Grundstückswerte basiert. Allgemein ist die Einführung einer Vermögenssteuer zu prüfen. Ein Treiber für die wachsende Ungleichheit sind Erbschaften und Schenkungen. Sie sind stark konzentriert – in Deutschland geht laut DIW ein Drittel des gesamten jährlichen Volumens von 200 bis 300 Milliarden Euro an nur 1,5 Prozent der Begünstigten. Ein großer Teil davon bleibt weitgehend steuerfrei. Damit die Vermögensschere sich nicht weiter öffnet, könnte ein höherer Steuersatz auf Erbschaften verlangt werden – der Ökonom Guy Kirsch fordert gar eine Erbschaftsteuer von 100 Prozent. Beim Tod des Erblassers soll sein gesamtes Erbe an einen Fonds abgeführt werden, der die Summe dann zu gleichen Teilen an alle Bürger auszahlt. Weniger radikal ist der Vorschlag von Atkinson, der ein „Mindest-Erbe“ für alle Erwachsenen fordert. Schenkungen und Erbschaften würden danach im Lauf des Lebens addiert. Ist ein Freibetrag von beispielsweise 100 000 Euro erreicht, werden Steuern fällig, wobei die Steuersätze mit der Erbmasse stiege. Es entstünde so ein Anreiz, an jene zu vererben oder zu verschenken, die bislang nur wenig oder nichts erhalten haben.

Politische Auswirkungen ökonomischer Ungleichheit

Selbst die industrialisierten Wohlfahrtsnationen des Westens sehen sich heute einem anscheinend nicht aufzuhaltenden Trend zunehmender ökonomischer Ungleichheiten gegenüber ([IM \[The Inquisitive Mind, Julia Schnepf\]](#))

[Sozioökonomische Ungleichheit und politische Einstellung](#)). Die „Schere“ zwischen den ärmeren und den reicheren Teilen der Bevölkerung geht in vielen westeuropäischen Staaten immer stärker auseinander. In den vergangenen Jahrzehnten sind im internationalen Vergleich zwar die durchschnittlichen Einkommensunterschiede zwischen den Nationen zurückgegangen, zugleich sind jedoch die Einkommensunterschiede innerhalb der Nationen rasant gewachsen (Piketty, 2014). So ist die Ungleichverteilung der steuerbereinigten Einkommen innerhalb der Westeuropäischen Staaten zwischen 1980 und 2010 im Durchschnitt um 20 Prozent gestiegen (vgl. Han, 2016). Eine solche ökonomische Situation auf der Makroebene des sozialen Systems wirkt sich aber auch auf die Mikroebene der einzelnen Personen, der betroffenen Individuen aus. Denn ökonomische Ungleichheiten verstärken nicht zuletzt auch die Unterschiede zwischen den sozialen Klassen einer Gesellschaft. So zeigen Daten von 144 US-amerikanischen Gouverneurswahlen zwischen 1978 und 2000 beispielsweise, dass die Wahlbeteiligung ökonomisch benachteiligter Personen parallel zum Anstieg ökonomischer Ungleichheiten abnimmt (Solt, 2010). Aktuell ist länderübergreifend bei einer Vielzahl von ehemaligen NichtwählerInnen ein nach rechts gerichteter Trend zur Protestwahl zu beobachten. Dabei weisen insbesondere Personen mit niedrigem sozioökonomischen Status unter dem Druck wachsender ökonomischer Ungleichheit eine verstärkte Tendenz zur rechtspopulistischen Wahlabsicht auf (Han, 2016).

Konfliktpotential ökonomischer Ungleichheit

Darüber hinaus verdeutlichen disziplinübergreifende Studien, dass der Einfluss der ökonomischen Ungleichheit auch für weitere, generellere Einstellungs- und Verhaltensänderungen gilt. In einer vergleichenden Studie in 25 Ländern (Durante et al., 2013) zeigte sich z. B. ein bedeutsamer Einfluss der nationalen Einkommensungleichheit auf die Ambivalenz von regional vorherrschenden Stereotypen: Die Unterschiede zwischen verschiedenen sozialen Gruppen einer Gesellschaft (z. B.: Frauen, Männer, Arbeitslose, ImmigrantInnen) wurden bei hoher ökonomischer Ungleichheit von den befragten Personen deutlich schärfer akzentuiert. Solchen Entwicklungen auf der Ebene sozialer Einstellungen entsprechen dann auch Effekte auf der Ebene des sozialen Verhaltens. So nimmt etwa die auch strafrechtlich relevante [Diskriminierung](#) von sozioökonomisch benachteiligten Personen (in den USA z. B. schwarze Personen) bei hoher ökonomischer Ungleichheit zu (Myers, 1987). Das Gleiche gilt für die Anzahl von zivilen und politischen Konflikten (Cramer, 2003). Fremdenfeindlichkeit ist damit nur ein, wenn auch besonders aktueller Teil von [Diskriminierung](#), für den

ökonomische Ungleichheit als eine relevante Rahmenbedingung anzusetzen ist.

Soziale Identität und Diskriminierungen

Ökonomische Ungleichheit nährt damit nachweislich den Boden für interpersonelle Konflikte, die von bloßem Ablehnungsverhalten bis hin zu tätlichen Übergriffen reichen können. Die wachsende Schere zwischen Arm und Reich stellt so auch in den konsolidierten Demokratien des Westens ein substantielles Gefahrenpotential für die Demokratiestruktur sowie das zivile Zusammenleben dar. Diese Gefahr wird am deutlichsten sichtbar, wenn man den Übergang von der Makroebene der ökonomischen Ungleichheit auf die Mikroebene des individuellen Denkens und Handelns möglichst zwingend nachzeichnen und erklären kann. Eine solche Erklärung leistet vor allem die Theorie der sozialen [Identität](#) (Tajfel & Turner, 1986). Eine zentrale Grundannahme dieser Theorie ist, dass Menschen neben ihrer personalen [Identität](#) auch eine (oder mehrere) [soziale Identität\(en\)](#) besitzen. Während die personale [Identität](#) aus dem Wissen über bestimmte Eigenschaften (z. B. Vorlieben und Fähigkeiten des Individuums) besteht, bestimmt sich die [soziale Identität](#) zusätzlich durch die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen. Dabei sind Menschen in der Regel mehreren sozialen Gruppen zugehörig – diese Zugehörigkeiten können von der Fangemeinschaft eines Fußballvereins bis hin zur Verankerung in einer bestimmten sozialen Klasse reichen. Soziale Identitäten bilden sich sogar anhand willkürlicher und scheinbar unbedeutender Eigenschaften aus, wie Tajfel und Turner (1971) in einem berühmten Experiment mit Schulkindern zeigen konnten. Hier führte schon die bloße Präferenz eines bestimmten Künstlers (Klee oder Kandinsky) zu einer höheren Verbundenheit mit anderen ‚Vertretern des gleichen Kunstgeschmacks‘, die auch erhebliche Auswirkungen auf die soziale Interaktion mit den Kindern der entgegengesetzten Gruppe hatte. Denn die Kinder wählten bei der Verteilung von kleinen Geldbeträgen überwiegend diejenige Variante, die den Abstand zwischen der ‚Eigen‘- und der ‚Fremdgruppe‘ erhöhte, selbst dann, wenn sie sich mit dieser Entscheidung selbst schaden, weil sie mit einer anderen Verteilung größere Gewinne hätten erzielen können.

Dieses Verhalten ist nach der Theorie der sozialen [Identität](#) unter anderem darauf zurückzuführen, dass Personen den [Wert](#) ihrer eigenen Gruppe aus dem Vergleich mit den Merkmalen (z. B. dem Status) anderer Gruppen ableiten. Je mehr die eigene Gruppe über einer oder mehreren anderen sozialen Gruppen „steht“, desto höher steigt zugleich der [Wert](#) der [Eigengruppe](#) und damit auch der eigene [Selbstwert](#) des Individuums. Das kollektive Streben nach dem Erhalt oder der Erhöhung des eigenen Status ist daher beim Zusammentreffen mehrerer sozialer

Gruppen ein wichtiger Faktor für die Entstehung und den Erhalt von Stereotypen, Vorurteilen und [Diskriminierung](#) gegenüber fremden Gruppen (wie etwa ethnische oder religiöse Minoritäten). Was geschieht nun, wenn sich der soziale Status der eigenen Gruppe zum Negativen verändert, ohne dass das Individuum oder die Gruppe etwas dagegen unternehmen kann? Der ökonomische Status einer Person bzw. deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Klasse oder Schicht gilt im Alltag als eine der zentralsten Formen der sozialen [Identität](#), da diese die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Menschen (z. B. Schulerfolg, Gesundheit, Berufsaufstieg) stark beeinflussen (Sirin, 2005). Für viele Menschen stellt daher das Auseinanderrücken der Einkommens- und Vermögensverhältnisse eine bedrohliche Situation auf gesellschaftlicher Ebene dar, insbesondere wenn die soziale Stellung ihrer Gruppe bedroht ist.

Postkapitalistische Ordnung

Paul Mason. Drei Dinge wissen wir: Der Kapitalismus hat den Feudalismus abgelöst; seither durchlief er zyklische Tiefs, spätestens seit 2008 stottert der Motor. Was wir nicht wissen: Erleben wir eine der üblichen Krisen oder den Anbruch einer postkapitalistischen Ordnung? Paul Mason fackelt nicht lange herum. Der Kapitalismus, so befindet er, liegt nach einem jahrhundertlangen, erfolgreichen Leben auf dem Sterbebett. Alle Therapieversuche vermögen den Moribunden nicht mehr auf die Beine zu bringen, von Schäubles alemannischer Austeritätskur bis zur Therapie des ultrabilligen Geldes, mit der es Dr. med. Draghi versucht. „Die langfristigen Aussichten für den Kapitalismus sind schlecht.“

Hält Mason in seinem Krankenbulletin fest: „Die OECD erwartet, dass das Wachstum in den entwickelten Ländern in den nächsten 50 Jahren schwach bleiben wird. Die Ungleichheit wird um 40 Prozent zunehmen. Selbst in den Entwicklungsländern wird das Wachstum bis 2060 zum Erliegen kommen.“ All das, was kapitalismuskritische Unkenrufer schon lange prophezeien, wird Paul Masons Einschätzung nach über kurz oder lang auch eintreffen. Das System wird selbst in den entwickelten Ländern nicht mehr in der Lage sein, Massenwohlstand zu gewährleisten; Verteilungskämpfe und politische Extremismen werden zunehmen, die Automatisierung wird Millionen und Abermillionen Arbeitsplätze vernichten. Und die Versuchung des sich derzeit noch sozialliberal gebenden Establishments, die bestehende Ordnung mit autoritären Mitteln aufrechtzuerhalten, diese Versuchung könnte irgendwann ins Diktatorische hinüberkippen. Das heißt: Wenn es nach Masons Prognosen geht, könnte es noch ziemlich ungemütlich werden im 21. Jahrhundert.

„Deshalb möchte ich eine Alternative vorschlagen: Zunächst sollten wir die

Globalisierung retten, indem wir den Neoliberalismus beseitigen. Anschließend retten wir den Planeten – und ersparen uns Wirren und Ungleichheit – indem wir den Kapitalismus überwinden.“ Das ist mal eine Ansage. Paul Mason hat viele Jahre lang als Wirtschaftsjournalist für die BBC und Channel 4 gearbeitet – entsprechend flott und leider auch unterkomplex formuliert er seine Thesen. Den entscheidenden Input für den Untergang des Kapitalismus liefert in Masons Augen das herrschende Wirtschaftssystem selbst: die modernen Informationstechnologien, die der Kapitalismus hervorgebracht hat, werden ihm demnächst sein eigenes Requiem singen. Die Open-Source-, die Open-Access- und die Open-Content-Bewegungen, die das Internet revolutioniert haben, diese Bewegungen werden Eigentumsrechte zunehmend überflüssig machen, prognostiziert Mason. Und auf genau die gleiche Weise werden die neuen Informationstechnologien auch andere Gegenstände des täglichen Lebens gratis oder so gut wie gratis zugänglich machen. Wer sich sein Auto oder ein neues, schickes Eigenheim im 3D-Drucker ausdruckt, braucht dafür keine namhaften Summen mehr hinzublättern. „Der wesentliche innere Widerspruch des modernen Kapitalismus ist der zwischen der Möglichkeit kostenloser, im Überfluss vorhandener Allmendeproduktion und einem System von Monopolen, Banken und Regierungen, die versuchen, ihre Kontrolle über die Macht und die Informationen aufrechtzuerhalten. Es tobt ein Krieg zwischen Netzwerk und Hierarchie.“

Ein neues Wirtschaftssystem

Vieles von dem, was Paul Mason in seinem Buch postuliert, hat man so oder so ähnlich schon in den digitalromantischen Verlautbarungen eines **Jeremy Rifkin** gelesen. Im überschwänglichen Cyber-Enthusiasmus, den Mason an den Tag legt, scheint er auch von gewissen Vorstellungen der Piratenpartei nicht allzu weit entfernt zu sein. Als Agent der historischen Veränderung wird Masons Einschätzung nach nicht mehr die Arbeiterklasse fungieren, wie noch die Linke des 20. Jahrhunderts geglaubt hat, sondern der „gebildete und vernetzte Mensch des Computerzeitalters“. Planwirtschaft und Markt sind out, intelligente Netzwerk-Strukturen in. Mason schreibt: „Eine auf Wissen beruhende Volkswirtschaft kann aufgrund ihrer Tendenz zu kostenlosen Produkten und schwachen Eigentumsrechten keine kapitalistische Volkswirtschaft sein.“ Ein unerschöpfliches Angebot an kostenlosen Gütern wird ein neues Wirtschaftssystem hervorbringen, hofft Mason, der sich selbst als „radikalen Sozialdemokraten“ sieht. Die Sharing Economy des Internets – die zur Zeit beispielsweise in der Netz-Enzyklopädie Wikipedia am Werk ist – diese Sharing Economy wird zunehmend auch das sonstige Wirtschaftsleben bestimmen, glaubt

er. Dazu kommen kooperative Produktions- und Dienstleistungsnetzwerke, die die globale Ökonomie vollständig umkrempeln werden. Und wovon leben die Menschen in einem System, in dem Erwerbsarbeit so gut wie abgeschafft ist? Von einem bedingungslosen Grundeinkommen natürlich.

Corona und die „Schere“

Es ist ein „bemerkenswertes Zeichen unserer Zeit, dass selbst die hellsten Köpfe lieber das Ende der Welt als das Ende des Kapitalismus vorbereiten wollen.“ Slavoj Zizek „Die alte Welt liegt im Sterben, die neue Welt ist noch nicht geboren. Dies ist die Zeit der Monster.“(Antonio Gramsci)

Gibt es im Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie die Möglichkeit einer Neuausrichtung, in der die Demokratie vor autoritären Bestrebungen und rechten Populisten gerettet werden kann? Die Corona-Krise hat das globale Wirtschaftssystem -zumindest temporär- ins Wanken gebracht. Ein System, das darüber hinaus noch an den Folgen der 2008-er Finanzkrise krankte. Eine weitere Herausforderung steht in der Tür, nämlich die Klimakrise, die mit all ihren düsteren Prognosen, schon seit längerem anklopft, ohne dass bislang wirklich überzeugende Lösungsangebote von den Verantwortlichen präsentiert wurden. Es gibt also eine Fülle von Verwerfungen, die sich mit ihren globalen Auswirkungen wechselseitig verstärken.

Sind wir also an einem Punkt angelangt an dem von dem Ende des Wirtschaftssystems, so wie wir es bisher kannten, sprechen können?

Beispiele von zehn Autoren

Wir haben uns dazu insgesamt 10 Autoren vorgenommen, deren Analysen zu den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen, die damit verbundenen Entwicklungen, Chancen und Forderungen thesenartig zusammengefasst. Damit soll ein kleiner Ausschnitt der aktuellen Diskussionen dargestellt werden. Autoren wie z. B. **Paul Mason** oder der Philosoph **Slavoj Zizek** hatten bereits vor der Pandemie dieses Thema Postkapitalismus auf der Agenda und eine mögliche Zeitenwende zu einer postkapitalistischen Gesellschaft bzw. Demokratie ausgerufen. Der alte Kampf um emanzipatorische Ideale wie Gleichheit, Demokratie und Solidarität sei noch immer die kühnste und aufregendste Unternehmung gegen das letztlich todlangweilige immer gleiche

kapitalistische Versprechen des immer Neuen, so Žižek. Die Coronavirus-Epidemie sieht er als einen Angriff auf das globale kapitalistische System. Ein Signal, dass wir nicht so weitermachen können wie bisher, dass eine radikale Veränderung notwendig ist. Der Virus des Nachdenkens über eine alternative Gesellschaft habe sich ausgebreitet, eine Gesellschaft jenseits des Nationalstaates, zu denken, die sich in den Formen globaler Solidarität und Zusammenarbeit verwirklicht. Žižek sieht die dringende Notwendigkeit einer Reorganisation der Weltwirtschaft, die mit den bisherigen Marktmechanismen brechen muss. Ihm schwebt dabei eine Art globaler Organisation der Wirtschaft als Utopie vor, in der die Souveränität der Nationalstaaten eingeschränkt werden kann. Die jetzigen Erfordernisse würden eine Art „Kriegswirtschaft“⁽¹⁾

(1) Eine Frage die auch von Ulrike Herrmann immer wieder gestellt wird, wenn es darum geht, wie eine Wirtschaft ohne Wachstum funktionieren kann, ohne dass sie an die Wand gefahren wird, angesichts der ökologischen Herausforderungen, die auf die Weltgemeinschaft zukommen. Sie beschreibt hier die Kriegswirtschaft in Großbritannien während des 2. Weltkriegs als Beispiel, für ein Modell, in dem einerseits der Kriegswirtschaft geschuldete Einschränkungen umgesetzt wurden andererseits die Versorgung der Bevölkerung mit den Lebensnotwendigen Produkten mit einer hohen Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet war und die Eigentumsverhältnisse nicht angetastet wurden.

erforderlich machen um der Pandemie angemessen begegnen zu können.

Žižek, Slavoj, 2020: Coronavirus is 'Kill Bill'-esque blow to capitalism and could lead to reinvention of communism, in: RT, 27.02.2020.

Für P. Mason sind wir schon längst in der postkapitalistischen Realität angekommen. Die Digitalisierung und Informationstechnologien sieht er als Hauptursache für massive Veränderung im gesamtwirtschaftlichen Gefüge. Denn eine Wirtschaft, die sich auf Information gründet, mit der Tendenz zu Null- Grenzkosten, bei der Produktion, kann keine kapitalistische Ökonomie mehr sein. Die damit verbundene Krise -vor Corona - sieht er in der Unfähigkeit des Kapitalismus, sich an die

Dynamik der Informationstechnologien anzupassen. Als die einzigen Verteidigungsstrategien der kapitalistischen Marktwirtschaft führt er die beispiellose Monopolbildung von Google, Amazon, Facebook usw. an sowie die Schaffung von massenhaft prekären Jobs. Angesichts der Corona bedingten Ankaufprogramme und Geldschöpfungsaktivitäten der Zentralbanken und der damit verbundenen Verschuldung, stellt er die sich Frage, wie eine profitable Zukunft aussehen könnte, in der die Ankaufprogramme wieder rückgängig gemacht werden können. Er ist der Meinung, dass es in der Zukunft weder genügend Wachstum noch Wohlstand

geben wird, um diese Leistung zu erbringen. Wachstum sieht er ausschließlich in den Bereichen KI, Robotik, genetischer Medizin und dem Quantencomputing. Aber auch hier, so Mason, wird sich das Problem der Null – Grenzkosten – Ökonomie bemerkbar machen: Menschliche Arbeitskraft wird ersetzt werden durch die neuen Technologien. Die Produktionskosten werden sinken, so dass nur noch geringe Gewinnspannen erwirtschaftet werden können. „Die Marktwirtschaft kann diese neuen Möglichkeiten nur erschließen, wenn es Monopole gibt, mit der Macht, Preise für etwas festzulegen, das kostenloses Gemeingut sein sollte“
Gastbeitrag in der FR vom 10. 05. 20 / Postkapitalismus Suhrkamp 2016

Überwachungskapitalismus

Angesichts der Monopolstellung von Google und Co lohnt auch ein Blick auf das Geschäftsmodell dieser Konzerne im Hinblick auf die weitere Perspektive des Kapitalismus. **Soshana Zuboff**, eine US Wirtschaftswissenschaftlerin hat hierzu in ihrem Buch „Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus“ diese Konzerne mit ihrem Geschäftsmodell unter die Lupe genommen. Sie zeigt, dass wir als Nutzer von Google und CO Angeboten einer für uns unsichtbaren Informationsextraktionsarchitektur permanent ausgeliefert sind. Das eigene Verhalten und die im Netz festgehaltenen Bewegungsmuster der Individuen werden ihnen enteignet. Der von den Überwachungsmaschinen extrahierte Verhaltensüberschuss wird dem Werbe- und/oder Politik Markt zugänglich gemacht.

Die so gesammelten Informationen werden zur Verhaltensmanipulation der User genutzt. Z. B. für personalisierte politische Werbekampagnen – siehe Cambridge Analytica – und um Stimmungen zu erzeugen. Hier sei auf das Facebook Experiment verwiesen, mit dem 2013 versucht wurde die Gefühlslage von 689.000 Nutzern zu manipulieren. Oder die „nudging“ Strategien, mit denen das Konsumverhalten der Nutzer gesteuert werden soll. Es herrscht die Maxime vor: Wir wissen, was geschieht und wir wissen, was geschehen wird.

Wenn das Paradigma der Vorhersehbarkeit mittels Wahrscheinlichkeitsrechnung allgemein akzeptiert wird, was ist dann mit den Abweichlern? Am deutlichsten wird dies z. Zt. in China vorgeführt in Form einer aggressiven Überwachung. Die Vorhersagbarkeit von Verhalten macht

eine instabile Gesellschaft für die jeweiligen Machthaber sicherer und kontrollierbar. Jeder, der sich nicht den durch das Scoringsystem vorgegebenen Verhaltensregeln unterwirft, kann gestoppt, entlarvt und bestraft werden. Es drohen Szenarien, die auf den ersten Blick etwas verschwörungstheoretisch anmuten. Wenn man sich z. B. das autonome Fahren als Zukunftsmobilitätsmodell in der Realisierung vorstellt, so ist unter Sicherheitsaspekten ja nur vorstellbar, dass man in den Mobilitätsräumen alle Verkehrsteilnehmer kontrolliert. Autofahrer, Fahrradfahrer, Fußgänger u.a. d. h. ohne eine absolute Kontrolle des öffentlichen Raums ist autonomes Fahren nicht möglich. **S. Zuboff** ist der Meinung, dass der Überwachungskapitalismus à la Google letztendlich zum Modell China führen wird. Sie ist auch der Ansicht, dass die innere Natur des Menschen durch die den Überwachungserfordernissen zugrundelegenden Prämissen zerstört werden könnte, dann nämlich, wenn es keine Rückzugsorte und keine Privatsphäre mehr gibt.

Wohin geht die Post Corona Reise?

Szenarien, in denen die Auswirkungen der Corona/Finanzkrise beschrieben wird wie z. B. in einem Artikel „Post Corona“ von **Hofbauer** und **Prof. A. Komlosy** sehen die Gesellschaft an einem Scheideweg, der entweder in eine gerechtere postkapitalistische, demokratische Gesellschaftsordnung oder in eine autoritäre Diktatur führen kann. Covid 19 böte Kapital und Staatsmacht die Chance, die Krise des kapitalistischen Systems zu überwinden, indem ein staatlich organisierter Kapitalismus errichtet werden könnte. Covid 19 erweise sich als Zerstörungsbeschleuniger für alle Zombieunternehmen. Unternehmen, die unter normalen Bedingungen nicht mehr konkurrenzfähig wären.

Ebenso wird das Virus als Beschleuniger in einem Konzentrationsprozess gesehen, in dem die big player die Gewinner und die kleinen und mittleren Unternehmen eher auf die Verliererstraße geraten und zwischen Amazon und Starbucks aufgerieben werden. Covid 19 beschere bestimmten Branchen wirtschaftlichen Aufschwung: Pharma-, Chemiebranche, KI, Robotik, Ordnungs- und Kontrollbranchen, medizinische Technokraten, Psychologen und Militärs.

Die beiden Autoren sehen die Gefahr, dass ein Kontrollapparat aufgebaut werden könnte, der dann neben dem Überwachungskapitalismus bzw. mit ihm verschränkt existieren würde. Durch jede neue Pandemie, Klimakrise usw. würde dieser Überwachungskapitalismus einen neuen Legitimationsschub bekommen.

Komlosy und Hofbauer sehen die weltweit eingerichteten Wirtschaftsstabilitätsfonds als Ausdruck eines geopolitischen Konflikts, in dem es um die zukünftige Führungskompetenz in der Weltwirtschaft gehe. Die derzeitige Marktwirtschaft könnte in eine Kommandowirtschaft überführt werden, in der der Staat das Sagen haben könnte, im Zusammenspiel mit den Großbanken und den Unternehmen der zukünftigen Leitsektoren. Das Land, in dem das derzeit vorgemacht wird ist China. Es könnte dann mehr oder weniger als Modell dienen, für derartige Ansinnen.

Massensteuern, Hyperinflation, Währungstausch oder Sparguthabenabschöpfung (Zypern 2008) könnten die Konsequenzen aus dieser Entwicklung sein. Die Verteilung von oben nach unten sehen sie als wenig wahrscheinlich an, da es für eine derartige Umverteilung keine Durchsetzungsoptionen gäbe. Zwar sei auch eine emanzipatorische Umverteilungswende denkbar, doch arbeite man momentan an einer zügigen Organisation eines posthistorischen Kapitalismus mit großen Kapitalgruppen führender Branchen. Den langfristig „Unbrauchbaren“ soll ein mageres Grundeinkommen zugestanden werden. Zwar habe der sich neu formierende Kapitalismus die Zügel fest in der Hand, doch hierin sehen die Autoren eine Chance. Denn, wenn die Zügel zu straff gehalten würden, entstehe die Gefahr der Repressionsüberdehnung, wodurch sich wiederum Widerstandsoptionen gegen die aufgezeigten Entwicklungen eröffnen könnten.

Krisen bieten Chancen - für diejenigen die sie nutzen

Der staatlich verordnete Stillstand im Hamsterrad hat auch dazu geführt, dass sich die davon betroffenen Menschen genauso grundlegende Gedanken über das Weltgeschehen machen wie auch um ihren persönlichen Umgang mit Zeit, mit Konsum und ihre Einbindung in ihr jeweiliges soziales Umfeld. Die Auswirkungen der Pandemie hat auch die Augen dafür geöffnet, unter welchen prekären Bedingungen viele jetzt systemisch wichtige Menschen

arbeiten. Es hat sich eine Welle der Hilfsbereitschaft und Solidarität entwickelt um, diejenigen zu unterstützen, die auf eine Versorgung durch Dritte angewiesen waren oder sind. Sind diese Veränderungen nur kurzfristig wirksam und werden sie sich womöglich wieder verflüchtigen? Oder kann dies auch ein erster Schritt sein in Richtung einer Gesellschaft, in der eine größere Verteilungsgerechtigkeit der materiellen Güter erreicht werden könnte?

Der zeitweise extreme Rückgang von umweltschädlichen Emissionen aus Verkehr und Industrie hatte zu einer spürbaren Verbesserung des Klimas geführt. Diese für alle spürbaren Erfahrungen haben das Potential mit einem neuen Blick auf klimapolitische Forderungen und Veränderungsnotwendigkeiten zu schauen.

Transformation

Tilman Santarius; Prof am Einstein Centre Berlin, sieht in der Corona Krise ein Chance für die Transformation der wachstumsabhängigen Wirtschaft in eine wachstumsbefriedete Resilienz Ökonomie. Der damit verbundene rückläufige Bedarf an Gütern und Dienstleistungen führe zwar zu einem geringeren Verdienst der Menschen. Dem stehe aber auch eine geringere Nachfrage gegenüber. Es müsse ein neues Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau gefunden werden. Dazu bedürfe es einer allgemeinen Reduzierung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsmenge z. B. durch die Einführung einer 32/24 Std. Woche.

Bei einem Abnehmen der Produktivität wird die Arbeitslosigkeit ansteigen. Um diesem Umstand abzufedern, müsse das bedingungslose Grundeinkommen (mehr als Hartz 4) eingeführt werden. Dies könne durch eine Solidaritätssteuer von Besserverdienenden und Vermögenden bestritten werden. Der Spitzensteuersatz könne von 70-80% angehoben und große Vermögen könnten besteuert werden. – Siehe Vorschläge von **Piketty** – Die sozialen Sicherungssysteme müssten wachstumsunabhängig gemacht werden, durch die Zusammenlegung der privaten mit der gesetzlichen Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Die Aufwertung der Care – Ökonomie würde Arbeitskräfte und Kaufkraft dorthin verschieben und könnte zu einer angemessenen Finanzierung des Gesundheitssektors führen. Ein grundlegender Umgestaltungsprozess das kapitalistischen Systems ist notwendig!

Für Prof C. Butterwegge ist klar, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt nur durch eine gezielte Umverteilung von oben nach unten erreicht werden kann. Dies werde durch die Corona Pandemie nochmal besonders dringlich vor Augen geführt, da durch die Krise viele Menschen existentiell durch Armut bedroht seien. Er fordert die Umwandlung des Mindestlohnes in einen Lebenslohn und den Abbau des Überwachungsapparats rund um die Grundsicherung. Ein Mindestlohn von 12 € müsse im Rahmen eines Flächentarifes verankert sein und der Lebenslohn gesellschaftliche Teilhabe sichern. Ein weiterer Pfeiler zur sozialen Absicherung sieht er in einer Bürgersozialversicherung, in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung, unter Beteiligung des Staates, zusammengeführt werden müssten. In der Beitragsbemessung müssen auch Einkünfte aus Mieten, Dividenden usw. berücksichtigt werden. Die privaten Versicherungen müssten abgewickelt werden, bzw. sie sollten sich auf Ergänzungs- und Zusatzleistungen beschränken. Alle Personen sollen in eine Bürgerversicherung aufgenommen werden. Höhere Steuern auf Vermögen und Erbschaften, höhere Körperschaftssteuern und die Besteuerung von großen Betriebsvermögen sowie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes sieht er als unumgänglich an, um eine größere Verteilungsgerechtigkeit in der Gesellschaft zu erreichen.

Diese Umverteilung sieht er allerdings in erster Linie als Überbrückungshilfen an, quasi als Ausgangspunkt für eine grundlegende Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschafts- und Finanzsystems. In diesem Umgestaltungsprozess sollen Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen vergesellschaftet bzw. verstaatlicht werden..Was wird aus den Schulden?

Adam Tooze

Der britischer Wirtschaftshistoriker Adam Tooze sieht eine lange Periode des sinkenden Konsums, nachlassender Investitionen, verspäteter Zahlungen von Privatkrediten und Bankrotten sowie einen stark schrumpfenden Automarkt, als Konsequenz aus der aktuellen Krise. Es sei mit einer nur langsamen und stockenden Erholung zu rechnen. Die gigantischen Anleiheankäufe hätten zwar den Zusammenbruch des Finanzsystems verhindert, die damit verbundene größte Zunahme von Staatsschulden in Friedenszeiten, haben zu finanziellen Lasten in nie gekannter Höhe geführt. Daher sieht er einen hässlichen Streit über den Abbau der Verbindlichkeiten auf uns zukommen,

wenn der Aufschub vorbei ist, der durch die Zentralbanken erreicht wurde, in ihrer Rolle als Parkhaus für die Schulden und mit einer damit einhergehenden Garantie ultraniedriger Zinsen.

Andere Optionen könnten in Form eines Inflationsschubs bestehen, wobei er nicht sieht, wie sich dies bewerkstelligen ließe sowie in einer temporären Aussetzung der Staatsschuldenrückzahlung oder in dem die Banken, den Staaten hohe Kassenguthaben gutschreiben, wie im April in England bereits geschehen. Sollte die staatliche Antwort in einer Austeritätspolitik bestehen, wird sich die Lage verschlimmern.

Von Staaten sollte daher eine visionäre Politik gefordert werden, die andere Weg aus der Krise weist. Diese Forderung sieht er auf das Engste mit den Fragen verbunden: Welche Form wird diese Politik annehmen und welche Kräfte werden sie kontrollieren?

Gestaltungsmöglichkeiten für einen gesellschaftlichen Umbau

In einem Papier der Rosa Luxemburg Gesellschaft wird Covid 19 als Krisenbeschleuniger gesehen in einer bereits instabilen Eurozone. In der Diskussion um die Systemrelevanz-Konkurrenz zwischen Bankmanagerin und Krankenpflegerin sehen sie die Möglichkeit eine langfristige Diskussion am Leben zu halten in der die Notwendigkeit eines sozial-ökologischen Systemwechsel initiiert werden könnte. Hier biete sich ein Gelegenheitsfenster um das Thema Verstaatlichung/Kommunalisierung von wichtigen Bereichen der Daseinsfürsorge auf die Tagesordnung zu setzen. Die Autoren fordern einen Schutzschirm für die gesamte Wohnbevölkerung der BRD: Die Absicherung deren wirtschaftlicher Existenz, eine Einbindung in die staatlichen Sicherungssysteme, eine Absicherung des Rechts auf Wohnen und die Option für ein Aussetzen von Mietzahlungen bei Arbeitslosigkeit – Kein Lohn keine Miete.

Dies könnte verwirklicht werden, wenn die Reichsten 10% wieder angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt würden. Es sei außerdem eine Investitionsoffensive des Staates erforderlich, in den Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge und dem Ausbau regionaler Wirtschaftskreisläufe. Darüber hinaus wird eine bessere staatliche Vorbereitung auf kommende Krisen gefordert, was die Versorgung der

Bevölkerung betrifft und der präventiven Gesundheitsforschung.

Dies müsse einhergehen mit einer Stärkung der Kommunen, einem Schuldenschnitt und einer Einbeziehung von Bürgerbewegungen für die Abstimmungen in der Veränderungen im öffentlichen Sektor. Was soll schrumpfen, was muss ausgebaut werden? (Konversion) Es sei auch notwendig Transformationsräte für die Gestaltung sozial ökologische, informationstechnologische Transformation einzurichten.

Forderungen:

1. Verbesserung des Gesundheitssektors in Verbindung mit einer Aufwertung der darin tätigen Berufsgruppen
2. Schutzschirm für die Menschen. Schluss mit der Schuldenbremse
3. Für eine sozial ökologische Investitionsoffensive
4. Für eine Demokratieoffensive, die reale demokratische Fortschritte erlaubt und die Rücknahme der Einschränkungen begleitet
5. Unterstützung und unmittelbare Hilfen für Geflüchtete durch „rebellische“ Landesregierungen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Europäische Solidarität; grüner Sozialismus

Eine Erweiterung des Sozialismusbegriffs ist notwendig

Raul Zelik entwickelt das Konzept für einen neuen Sozialismusbegriffs angesichts der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Großkrise.

Er sieht in der Corona - Pandemie die Vorwegnahme der sich bereits seit langem angekündigten globalen Großkrise. In der Debatte um das Ende des Lockdowns und dem Schutz des Lebens sieht er einen Kristallisationspunkt, in dem der Widerspruch zwischen Kapital und Leben enthalten ist. „Damit die Kapitalverwertung nicht ins Stocken gerät, müssen Tote in Kauf genommen werden.“

Die allerorten zu beobachtende Corona Solidarität sieht er als „Schrumpfsolidarität“ von Nationalgemeinschaften. Das eigentliche dystopische Potential der Krise sieht er in den Ländern des globalen Südens, in Form von Massenverelendung, einem unzureichenden Gesundheitssystem was zu einer stärkeren Verbreitung des Virus führt, was zu dem noch durch

die Ignoranz autokratischer Herrscher befördert wird. Trotzdem sieht er ein Gelegenheitsfenster für eine ökologisch-soziale Transformation. Er plädiert für einen neuen queer-feministischen Sozialismusbegriff, in dem das Care - Paradigma im Mittelpunkt steht. Die sozialistische Theorie ist die einzige, in der das Eigentum als zentrale Machtressource der bürgerlichen Gesellschaft begriffen wird und in der, der Prozess der Inwertsetzung schlüssig erklärt wird. Sie muss in diesem Sinne Bestandteil eines neuen Sozialismusbegriffes bleiben. Die Frage, wie der Stoffwechsel mit der Natur beschränkt werden kann, ist die dringende Zeitfrage, für die eine Lösung gefunden werden muss.

Die Care Debatte sieht er dabei als wichtige Orientierung an. Hier geht es ihm um die Verankerung einer queeren Dekonstruktion von Vorstellungen über Natur und Geschlecht, beziehungsorientiertem Denkens und einem neuen Verständnis von Solidarität. Auf diese Weise soll ein Denken gefördert werden, in dem sich der eigentliche Lebensraum abbildet, der zwischen den Menschen vorhanden ist, die in Beziehung zueinander stehen.

Eine Voraussetzung ist ihm dabei wichtig. Ein utopisches Projekt darf einer Gesellschaft nicht übergestülpt werden. Hier müsse es eine Art Aneignungsbewegung geben unter der Prämisse, dass Kommunismus kein Ideal ist und sich an der Realität auszurichten habe. Der sich selbst regulierende Markt muss von einer demokratischen Gesellschaft eingehegt werden.

Forderungen:

1. Soziale Kämpfe in denen sich Menschen egalitär zusammenschließen
2. Ansätze einer Wirtschaftsdemokratie die eine gesellschaftliche Kontrolle der ökonomischen Prozesse beinhaltet
3. Pflege der Gemeinschaftsgüter
4. Caring, Förderung gegenseitiger Sorge, die nicht durch die Prämissen des kapitalistischen Verwertungsprozess vergiftet ist
5. Solidarökonomie, Genossenschaftsbewegung
6. Infrastruktursozialismus

Wer ist Systemrelevant in der Krise?

Von Vertreterinnen der Care - Ökonomie wird der Aufbau einer nachhaltigen Care - Ökonomie gefordert als eine wichtige Antwort auf die Corona Krise
(**Winker/Weissinger**)

Sie sehen, dass selbst in Pandemie - Zeiten die Care - Arbeit zwar immateriell aufgewertet aber trotzdem im Schatten steht. Im Zentrum stünden die Unternehmen, die profitorientiert für den Markt produzieren. Aufgrund der Tatsache, dass aber viele Menschen von der Sorgearbeit der Pflegekräfte und des gesamten medizinischen Personals abhängig sind, bestehe jetzt Veränderungsmöglichkeiten, die sich nicht nur auf den Gesundheits- und Pflegesektor erstrecken sollen. Für die Autorinnen ist die Entwicklung einer umfassende Transformationsstrategie notwendig, in deren Zentrum der Aufbau einer nachhaltigen Care - Ökonomie steht. Das betrifft die Bereiche, in der entlohnte und nicht entlohnte Care - Arbeit ausgeführt wird. Zur Care - Ökonomie gehört auch der Blick auf grundlegende menschliche Bedürfnisse in Verbindung mit nachhaltigem Wirtschaften. Sie fordern eine achtsame Gestaltung der lebensnotwendigen Bereiche.

Abschluss

Autorinnen/Autoren, die sich mit der zukünftigen Rolle des Staates beschäftigen, kommen eigentlich alle zu dem Ergebnis, dass der Staat seine Aktivitäten in beträchtlichem Umfang ausweiten wird, um die Krise nicht ausufern zu lassen. Ein Engagement das z. B. auch von der Finanzbranche in Sachen Klimawandel eingefordert wird(*)

Bei den Überlegungen in welcher Weise sich die weitere Rolle des Staates entwickeln wird, werden meist 2 Szenarien entwickelt. Einerseits werden am Horizont Anzeichen für einen starken autoritären Staat ausgemacht, in dem Kontrolle und Überwachung ein wesentliche Rolle spielen könnten. Dies auf dem Hintergrund einer erwarteten Austeritätspolitik, durch die die Schere zwischen Arm und Reich sich noch weiter öffnen und somit die Demokratie vor extremere Herausforderungen stellen könnte. Proteste und Widerstand gegen eine derartige Entwicklung wären dann u. U. nur noch durch eine Einschränkung demokratischer Rechte im Zaum zu halten. Die Blaupausen

hierfür gibt es bereits: China, Ungarn, Polen... Andererseits werden auch die Veränderungsmöglichkeiten betont, die sich aus der momentanen Krise ergeben. Die Forderungen nach einer Neuausrichtung der Volkswirtschaften an den ökologischen Belastungsgrenzen des Planeten, die Forderung nach einer gemeinwohlorientierten Ökonomie stehen dabei an erster Stelle.

Die Schere, die bereits jetzt zwischen vermögenden und nicht vermögenden Menschen in der BRD weit auseinanderklafft, sorgt für Verwerfungen, die gefährlich für eine demokratische Gesellschaft sind.

In Deutschland hängt die politische Teilhabe stärker von Einkommen und Vermögen ab, als in anderen Industriestaaten. Wenn sich die Schwächsten der Gesellschaft nicht mehr beteiligen können, sorgt das für Legitimations- und Repräsentationskrisen die sich bereits jetzt in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auswirken. Der Zorn, die Enttäuschung darüber zu den „Unwichtigen“ zu gehören, richtet sich oft gegen Migranten, demokratische Institutionen, Presse, religiöse oder sexuelle Minderheiten usw. Ressentiments und Hass werden gegen Andersdenkende geschürt und rechte Populisten, die mit scheinbar einfachen Lösungen Abhilfe versprechen erhalten Zulauf. Mit Hilfe deren nationalkonservativer, faschistischer politischer Agenda können allerdings keine Gerechtigkeitsfragen gelöst und keine Umverteilung von oben nach unten umgesetzt werden. Man muss vielmehr damit rechnen, dass die von populistischen Parteien propagierten Herrschaftspraktiken dazu führen, dass unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Der erhoffte Bedeutungszugewinn der „Enttäuschten“ wird sich lediglich im Einheimischen eines ideellen Mehrwerts erschöpfen, bestehend aus eigener Überlegenheit, der Wiederbelebung eines national konservativen, faschistisch durchwebten und ethnozentrischen Gesamtweltbildes. In der diesem Prozess zugrundeliegenden Dynamik, geht der Wunsch z. B. nach einer materiellen Besserstellung und einer Existensicherung im dumpfen Nebel nationalistischer, rassistischer Ideologien unter. Ihre Enttäuschung, Verzweiflung, Wut, setzen sich frei, und werden von autoritär/populistischen Parteien bewirtschaftet, indem sie der Basis vorgaukeln für ihre Interessen zu kämpfen. Seitens der AFD z. B. korrespondiert eine scharfe „Kapitalismuskritik“ von rechts mit einer neoliberalen Wirtschaftspolitik

*)Vizepräsident von Black Rock. P. Hildebrand antwortete in einem Interview in FAZ vom 18. 07. auf die Frage nach dem freien Spiel der Kräfte bei der Entwicklung von Nachhaltigkeit: „Ohne den Staat wird es nicht gehen. Die öffentliche Hand wird auch in Zukunft einen großen Einfluss darauf haben, ob die Wende zur Nachhaltigkeit gelingt.“

Krisen beinhalten Chancen

Doch wer nutzt diese Möglichkeiten, die sich aus der momentanen Situation ergeben?

In einer Untersuchung von **Funke, Schularick** und **Trebesch** über die Auswirkungen wirtschaftlicher Krisen – seit 1870 – auf die Entwicklung der politischen Landschaft der jeweiligen Länder, kommen die Autoren zu folgendem Ergebniss: Finanz- und Banken Krisen haben dramatische Folgen, denn danach erleben neue, fundamental kritische Bewegungen einen Aufschwung. Es kommt zu Unruhen. Extremisten kriegen Oberwasser. Und am Ende profitiert der rechte Flügel am meisten – kaum aber die Linke. Trifft diese Prognose auch für die aktuelle Situation zu? So ganz abwegig ist dies zwar nicht, aber was wäre zu tun um andere Wege beschreiten zu können?

Kommentar von Julius Niebergall, DiEM25 Frankfurt

In den von uns zitierten Artikeln gibt es viele gute Forderungen und Ansätze für eine gerechtere Gesellschaft. Auch Diem 25 bietet mit dem GND for Europe ein komplettes Konzept der Neuausrichtung für Europa an. Die Frage ist also, welche Gestalt müsste eine demokratische Mobilisierung annehmen, um tatsächlich eine Situation herbeizuführen, die ein Veränderungspotential in Richtung einer gerechteren Gesellschaft hätte? Momentan sind Pandemie bedingt nur eingeschränkte Möglichkeiten vorhanden. Eine Initiativen-/Parteienübergreifende Bewegung, mit der sowohl die Frage einer höheren Verteilungsgerechtigkeit als auch einer ökologischen Wende – als Themenbündnis- anspricht kann sich z. Zt. nur virtuell in den öffentlichen Diskurs einbringen. Die Richtung, die letztendlich eingeschlagen wird, ist indes vom Engagement und dem Ausmaß der Mobilisierung einer demokratischen Gegenbewegung abhängig.

Wir leben zwar in einer Gesellschaft, in der die Handlungsmacht sehr unterschiedlich verteilt ist. Chancen, die Kräfteverhältnisse, die die momentane Situation kennzeichnen zu verändern bestehen gleichwohl. Wenn

es den vielen Initiativen und Basisbewegungen, die zu den Themen ökologischer Umbau und gerechtere Gesellschaft arbeiten, gelänge ein breiteres Bündnis herzustellen, könnte ein Gegengewicht entstehen. Denn ein ökologischer Umbau der Gesellschaft und eine gezielte Umverteilung des Reichtums wird nicht von alleine geschehen, dazu braucht es eine starke politische Bewegung, die auch in der Lage ist über nationale Grenzen hinaus zu agieren z. B. europaweite Kooperationen zu bestimmten Themen anzustoßen. Auf diese Weise könnten Wege des Austausches und der wechselseitigen Unterstützung entstehen, die die Klimabewegung und die sozialen Bewegungen voranbringen würden. In dieser Welt ohne zuverlässige große Utopie müssen wir uns unsere eigenen Utopien schaffen

Paul Mason: Postkapitalismus Suhrkamp 2016 FR: 10.05.20

Zižek, Slavoj, 2020: Coronavirus is 'Kill Bill'-esque blow to capitalism and could lead to reinvention of communism, in: RT, 27.02.2020.

Shoshana Zuboff <https://netzpolitik.org/2019/im-zeitalter-des-ueberwachungskapitalismus>

Post Corona Hannes Hofbauer und Andrea Komlosy <https://www.heise.de/tp/features>

Post-Corona-4695731.html?seite=all

Tilmann Santarius Die Lehre aus Corona: Weniger Wachstum wagen Blätter 7/20

Prof. C. Butterwegge FR 10. 04. 20 Rettungsschirm für die Ärmsten

Adam Tooze: Unsere Normalität kehrt nicht zurück Blätter 05/20

Luxemburggesellschaft: Ein Gelegenheitsfenster für linke Politik. Wie weiter in und nach nach der Corona – Krise 04/20

Raul Zelik In Verteidigung des Lebens PROKLA 199 06/29

Prof. Gabriele Winker: Aufbau einer solidarischen und nachhaltigen Care – Ökonomie
Care Revolution Dortmund

Alex Demirovic, Ulrike Herrmann Kritische Theorie Berlin Gespräch auf You tube

Manuel Funke, Moritz Schularick, Christoph Trebesch: «Going to Extremes: Politics after Financial Crises, 1870–2014 », CESifo Working Paper Nr. 10884, Oktober 2015. Oder in: «European Economic Review», 88, September 2016

Kommentar von Bernd Hildebrandt, DiEM25 Frankfurt

In Anlehnung an Gedanken von Al Gore (ehem. US-Vizepräsident) sehe ich in der gegenwärtige Situation unserer kapitalorientierten Demokratie drei Hauptschwachpunkte, die eindeutig Demokratie im eigentlichen Sinn unmöglich machen und die die einzelnen Bürger*innen genauso wie politische Mehrheiten ausgrenzen.

1. **Organisierter Lobbyismus milliardenschwerer Machtkartelle oder Syndikate.**
Hier nimmt Kapital Einfluss auf Politik. Geld regiert die Welt. Demokratie wird obsolet. Werden die Handlungen von Politikern durch Geld beeinflusst, dann beruhen die Entscheidungen der Regierenden auf Manipulationen durch

Minderheiten und jegliche durch die Mehrheit verliehene Macht ist dann in einer parlamentarischen Demokratie zwangsläufig ohne Legitimation.

2. **Desinformation der Massen durch kapitalabhängigen Journalismus.** Erstens befinden sich sogenannte „Qualitätsmedien“ meist in den Händen und unter der Kontrolle reicher Oligarchen. Zweitens befinden sich digitale Plattformen in einer Art „Informationskrieg“ und drittens werden kritische Berichtersteller oft finanzkräftig kriminalisiert und propagandistisch diffamiert.

Spezielle Agenturen verarbeiten gesammelte Meinungsdaten in rein strategische Parteiprogramme und verkaufen dadurch prognostizierbare Wahlergebnisse an solche, die es sich leisten können.

Wird das logische Denken der Massen durch Täuschung beeinflusst, dann beruht die Wahlentscheidung der Regierten auf falschen Voraussetzungen und die durch sie verliehene Macht ist fragwürdig.

3. **Die sich ausdehnende Kluft zwischen arm und reich,** die immer mehr Menschen in einer Existenznot-Situation politisch lähmt. Armut bewirkt oft zwangsläufig unvernünftiges Handeln und vermindert Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Das monetäre Auseinanderdriften spaltet die Bevölkerung und führt zu Extremismus. Werden große Teile eines Volkes vom politischen Geschehen ausgegrenzt, dann ist die restliche wählende Mehrheit nicht mehr wirklich die gesamte repräsentative Kraft des Volkes und es stellt sich die Frage ob das Wort „Demokratie“ die Regierungsform noch zutreffend beschreibt.

Insofern stimme ich mit oben zitiertem P. Hildebrand (Black Rock) überein: Ohne den Staat wird es nicht gehen. Genauer: ohne echte Demokratie mit einer Reduzierung des Auseinanderdriftens der Schere wird es keine Nachhaltigkeit im „Spiel der Kräfte“ geben.

Was unternimmt DiEM25?

Teile der hier genannten sozialen, gesellschaftlichen und politisch-strukturellen Probleme werden im **European New Deal (END)** und weiteren Papieren von DiEM25 adressiert. Daraus hervor gehen u.a. die Forderungen nach einer **Arbeitsplatzgarantie** und einem **Wohnraumbeschaffungsprogramm** jeweils finanziert durch neue steuerliche Instrumente, einer durch Kapitalerträge finanzierten universellen **Grunddividende** ähnlich einem bedingungslosem

Grundeinkommen, einem durch Seigniorage-Gewinne europäischer Notenbanken finanzierten **Notfallsozialhilfeprogramm** für die ärmsten Europäer, sowie verschiedenen makroökonomischen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Stabilisierung des Eurosystems, darunter ein von der Europäischen Zentralbank (EZB) facilitiertes **Staatsschuldenkonvertierungsprogramm** für hoch verschuldete Euroländer mittels EZB-Anleihen, ein von der Europäischen Investitionsbank (EIB) initiiertes **grünes Investitions- und Transformationsprogramm** (Green New Deal für Europa, GNDE), sowie die Einführung einer **öffentlichen digitalen Bezahlplattform und Parallelwährung** zur Brechung des Finanzdienstleistungsmonopols der Privatbanken und Verringerung der Abhängigkeit gewählter Regierungen und souveräner Staaten vom Kapitalmarkt.

Was unternimmt die Arbeitsgruppe Scherenschließer des DSC Frankfurt?

Wie eingangs erwähnt, ist unser Ziel, die Umkehr des weiteren Auseinanderdriftens von arm reich zu einer Annäherung dieser Pole in das Bewusstsein zu rücken. Weiterhin soll die Notwendigkeit, das Auseinanderdriften zu stoppen, ein Maß für Ziele politischer Neuerungen werden. Bei neuen politischen Entscheidungen soll generell die Sicht auf die Schere insofern in Betracht gezogen werden, dass möglichst eine Reduzierung der Kluft zwischen arm und reich erreicht wird.

Wir wollen Zusammenhänge herstellen zu den Ursachen des Klimawandels und der globalen sozialen Ungerechtigkeit um daraus zu einer sanften Überleitung zum GNDE (Green New Deal for Europe) zu kommen, sowie einem weltweiten „Haircut“ aller in diesem unsinnigen Wirtschaftssystem sogenannten „verschuldeten“ Länder.

Durch das Verfolgen dieser Strategie stellen wir sicher, dass auch unsere Aktionen in Frankfurt und in DiEM25 auf dieses hohe Ziel ausgerichtet sind wodurch wir sozialer Gerechtigkeit dienen sowie auf die Verbesserung der Umweltbedingungen einwirken und zur Verwirklichung unseres Zieles, die Ungleichheit in Bevölkerungen zu reduzieren, zum Wohl der Menschheit einwirken.

Drei Schritte:

1. Das Bewusstsein schaffen und stärken für die Notwendigkeit einer weltweiten Scherenschließer-Bewegung.

2. Das Auseinanderdriften von Wohlstand, Einkommen und Lebensstandard stoppen und die Prinzipien zur Umkehr eines Auseinanderdriftens in einer neuen demokratischen Verfassung von Europa verankern.

3. Den Vektor der Schere umkehren.

Wir heißen alle willkommen, die mit uns diese Schritte gehen wollen und uns auf dem Weg begleiten und unterstützen möchten.